

Dr. Maria Fekter
Finanzministerin



XXIV. GP.-NR
8635 /AB
08. Aug. 2011

Frau Präsidentin
des Nationalrates
Mag. Barbara Prammer
Parlament
1017 Wien

zu 8717 /J

Wien, am 22. Juli 2011

GZ: BMF-310205/0130-I/4/2011

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 8717/J vom 8. Juni 2011 der Abgeordneten Mag. Josef Auer, Kolleginnen und Kollegen beehre ich mich, Folgendes mitzuteilen:

Zu 1., 5. und 6.:

Mit meiner öffentlichen Äußerung zur Privatisierung der ÖBB wurde eine politische Debatte angestoßen. Die konkrete Planung und allfällige Durchführung würde jedenfalls der zuständigen Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie obliegen. Welche Teile der ÖBB allenfalls tatsächlich für eine Privatisierung in Frage kommen, bleibt der weiteren Entscheidungsfindung vorbehalten.

Zu 2.:

Die Beantwortung dieser Frage fällt nicht in den Vollzugsbereich des Bundesministeriums für Finanzen.

Zu 3.:

Die mit der Umstrukturierung der ÖBB im Jahr 2004 verfolgten Ziele der gesteigerten Transparenz und Leistungs- und Marktorientierung des Unternehmens sind weiterhin aktuell, insbesondere vor dem Hintergrund der Liberalisierung des Güter- und Personenverkehrs in der EU.

Zu 4.:

Zahlungen an die ÖBB

	1/41148 Kosten für Eisenbahninfrastruktur	1/41158 Gemeinwirtschaftliche Leistungen	Summe
1997	793.661.000	599.842.000	1.393.503.000
1998	794.223.000	599.842.000	1.394.064.000
1999	713.779.000	607.238.000	1.321.017.000
2000	677.647.000	629.491.000	1.307.138.000
2001	1.195.626.000	626.401.000	1.822.027.000
2002	1.133.998.000	606.073.000	1.740.070.000
2003	834.343.00	600.495.000	1.434.838.000
2004	1.004.552.000	785.467.000	1.790.019.000
2005	894.500.000	486.220.000	1.380.720.000
2006	984.949.000	584.725.000	1.569.674.000
2007	1.116.893.000	567.207.000	1.684.100.000
2008	1.194.004.000	597.324.000	1.791.328.000
2009	1.078.169.000	660.161.000	1.738.330.000
2010	1.004.810.000	497.150.000	1.501.960.000

a) Mangels konkreter und detaillierter Privatisierungspläne ist derzeit diesbezüglich keine seriöse Prognose möglich.

b) Meine grundsätzliche Vorsicht bei zusätzlichen Zuschüssen an die ÖBB ist mit dem ohnehin schon ausgesprochen hohen Zuschussbedarf der ÖBB und den gleichzeitigen Einsparungserfordernissen im Bundeshaushalt zu begründen.

c) Diesbezüglich verweise ich auf die inhaltliche Zuständigkeit der Bundesministerin für Verkehr, Innovation und Technologie.

Zu 7.:

Im Regierungsprogramm der XXIV. Gesetzgebungsperiode sind keine weiteren Privatisierungen vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen

